

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Dresden Nr. 31.302
Zell. Adr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Dauersende: Stadthaus Dresden, Straßße Dörflich Nr. 606
Postfach-Nr.: 212 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bählan, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

erschint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel-Blätchen Lachen, Aus alter u. neuer Zeit, Modern-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2.-, einschl. 30 Bsp. Postgeb. für Fälle d. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferg. d. Nachlieferung, d. Zeitung od. Nachzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Radl., Dresden-Freital. Bei unvert. eingel. Manusk. ist Rückb. beizufügen. Für Anzeigen, u. durch Fernspr. aufgegeben. w. d. Man. wir eine Verantw. bez. d. Richtigk. nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollenwitzer Str. 4
94. Jahrgang

Anzeigen werden die 5 gespaltene Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Platzdrucken und kleineren Schriften werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zinsenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Frage od. Konfuz d. Auftraggebers

Nr. 133

Donnerstag, den 9. Juni

1932

Zerstreute Befürchtungen

Der neue Reichsjustizminister Dr. Görtner gab in diesen Tagen der Münchener Augsburger Abendzeitung Gelegenheit zu einer Unterredung, in der u. a. über die Ansichten der Reichsregierung über den Fragenkomplex „Reich und Länder“ gesprochen wurde. Der Minister erklärte u. a., daß an der Spitze der Fragen, die er vor der Annahme der an ihn gerichteten Aufforderung zu persönlicher Ausdrucksweise mit dem Reichskanzler v. Papen geklärt habe, die Frage nach dem Verhältnis des Reiches zu den Ländern gestanden habe. Er erklärte ferner, daß von dieser Reichsregierung selbstverständlich

keinerlei Reformen im Sinne einer Abwägung der Länder beabsichtigt sein würden. Woran man denke, sei die sogenannte „Gleichhaltung“ von Reich und Preußen, wobei eine Aufnahme des preussischen Ministerpräsidenten in die Reichsregierung möglich sei. Ob aber diese Mitgliedschaft mit einer Vereinigung von Ministerposten im Reich und in Preußen verbunden sein würde, sei noch eine offene Frage.

Die Münchener Augsburger Abendzeitung fügt hinzu: „Noch nie habe Papen in einer deutschen Reichsregierung einen so zuverlässigen Sachwalter und Treuhänder seiner Lebensinteressen besessen, wie den heutigen Reichsjustizminister.“

Volksparteiler liebäugeln mit den Deutschnationalen

Die bisherigen völksparteilichen Reichstagsabgeordneten, Hofmeister Meyer zu Belm und Staatssekretär a. D. Schmid-Düffeldorf, sind aus der Volkspartei ausgetreten. Sie begründen ihren Schritt damit, daß der Parteivorstand Dinge über die Parteiführung die Partei preisgegeben und sich auf den Versuch einer neuen Parteigründung festgelegt habe. Ein derartiger Versuch sei aber gegenwärtig ausichtslos und gefährde lediglich durch Stimmenverteilung den Wahlsieg der nationalen Sache. Die beiden Abgeordneten richteten zugleich an ihre Freunde im Lande die Aufforderung, sich bei der kommenden Reichstagswahl unter Zurückstellung aller früheren Gegensätze und persönlichen Voreingenommenheiten mit ihnen in der Deutschnationalen Volkspartei zu sammeln, die in der nationalen Front neben der großen nationalsozialistischen Bewegung allein noch Lebenskraft besitze und als die Heimat des nationalen Bürgerturns einen unentbehrlichen Faktor unseres öffentlichen Lebens bedeute.

Es wird eine Generalabrechnung werden

In München fand in Anwesenheit Adolf Hitlers und unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters, Gregor Straßer, ein Parteitag der NSDAP. statt. Adolf Hitler legte in eingehendsten Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Haltung der NSDAP zu der durch den Sturz der Regierung Brüning neu geschaffenen politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind. Er wies auf die Bedeutung der Reichstagswahl als der Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre und ihrer Träger hin und trat dabei dem Versuch der Systemparteien, die Verantwortlichkeit für diese Politik von sich abzuweifen, scharf entgegen. Gegenüber den separatistischen Gerüchten, die durch die Reden bayrischer Politiker genährt werden, gab Adolf Hitler der Auffassung der NSDAP,

daßin Ausdruck, daß jeder Versuch eines Anschlages auf die Einheit des Reiches an dem entschlossenen Widerstand der nationalsozialistischen Bewegung zerbrechen werde.

Die Ausführungen Hitlers fanden ihren Niederschlag in der einmütigen Willens-

fundgebung der Versammelten, die organisatorische Einheit und Geschlossenheit der NSDAP, ihre innere Kraft und äußere Kampfbereitschaft nur um so mehr zu stärken, je mehr der endgültige Sieg der Bewegung in greifbare Nähe gerückt sei.

Ihrer 3 warten unser Das Wichtigste aus den neuen Notverordnungen

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Abreise der deutschen Delegation nach Lausanne ist auf nächsten Dienstag angesetzt. Bis dahin müssen also die Notverordnungsarbeiten zu Ende geführt werden. Denn der Reichsfinanzminister, der an diesen Arbeiten führend beteiligt ist, ist ja auch der maßgebliche Unterhändler auf der Reparationskonferenz.

Die Reichsregierung will nunmehr die verschiedenen Materien gesondert behandeln. Die Beschlüsse werden also nicht im Rahmen einer einzigen Notverordnung zusammengefaßt. Aus den Erklärungen, die der Mitteilung über den Arbeitsplan beigelegt wurden, lassen sich die Gründe für dies Verhalten unschwer erkennen.

Die neue Regierung möchte der Öffentlichkeit gegenüber einen deutlichen Trennungsstrich ziehen zwischen den Maßnahmen, die sie angeht, der kurzen verfügbaren Zeit nach den Vorarbeiten und Entwürfen der Regierung Brüning im wesentlichen übernehmen mußte und den anderen Verordnungen, deren einen Teil sie als den Beginn eines „konstruktiven Ausbauplans“ bezeichnet, während der andere die angesprochenen politischen Maßnahmen enthält.

In dieser dritten Notverordnung wird die Aufhebung des SA-Verbot, des Uniformverbotes und die neue Fassung der Bestimmungen über die Pressefreiheit enthalten sein.

Besten war die Reichsregierung vor allem mit der ersten Notverordnung beschäftigt, in der es sich um die Ordnung der Etats- und Kassenlage handelt. Die Grundzüge der hier zu fassenden Beschlüsse liegen nach dem Entwurf Brüning ziemlich fest. Die Abänderungen sollen bekanntlich nur die Form der Beschäftigtensteuer betreffen. Mit der Veröffentlichung dieser ersten Notverordnung ist aber auch erst zu Beginn der nächsten Woche zu rechnen. Man will, wie man sich in der Wilhelmstraße ausdrückt, die

Verkündung der verschiedenen Maßnahmen „schlagartig aufeinander folgen“ lassen.

Mit der Einleitung des „konstruktiven Ausbauplans“ in der zweiten Notverordnung wird sich die neue Regierung mit den ersten Maßnahmen vorstellen, für die sie die politische Verantwortung in vollem Umfang selbst deckt.

Es handelt sich hier vor allem um den Umbau des Versicherungswesens. Es besteht nach wie vor nicht die Absicht, sofort die Vereinheitlichung durchzuführen. Die Abänderungen gegenüber den früheren Plänen dürften einen viel stärkeren Umfang annehmen als auf dem Gebiet der Staatsbearbeitung.

Unklarheit scheint noch darüber zu bestehen, wie weit man die Mitarbeit des Reichsrats an den Notverordnungsmaßnahmen heranziehen soll.

Der Reichsrat ist die einzige parlamentarische Körperschaft, auf die sich die Regierung zurzeit irgendwie stützen kann.

Bekanntlich sind dem Reichsrat schon große Teile des neuen Haushalts zur Beratung zugeleitet worden. Man ist in Besprechungen darüber eingetreten, ob diese Teile zurückgezogen und in ihrer neuen Form nochmals vorgelegt werden sollen oder ob die Notverordnungen ohne Mitwirkung des Reichsrats sofort auf dem Notverordnungswege in Kraft zu setzen sind.

Am Sonnabend nach Berlin geladen

Am Sonnabendvormittag wird der Reichskanzler die Vereinten Ausschüsse des Reichsrates in Anwesenheit der Ministerpräsidenten der größeren deutschen Länder zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage und die zu erwartenden Notverordnungen empfangen.

Das Zentrum im Schmolllwinkel

Der Parteivorstand des Zentrums hat in seiner Mittwoch-Sitzung nach Schluß der Aussprache einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

„Der Reichsparteivorstand der Zentrums-partei befindet in diesem Augenblick innerpolitischen Wirnis und außenpolitischer Bedrängnis sein überzeugtes und unerlöschliches Festhalten an der Grundlinie der Politik, die durch das staatspolitische Wollen und Wirken des bisherigen Reichskanzlers Dr. Brüning gekennzeichnet ist. In Besorgnis des Scheiterns um Volk und Nation steht der Reichsparteivorstand die Umie seiner staats-

männischen Ausbauarbeit in einem besonders gefährdeten Augenblick jah unterbrochen und durch ein Experiment abgelöst, für das aus zwingenden Gründen unserer, eits keinerlei Mitverantwortung übernommen werden kann. Der Vorstand erwartet von allen Organisationen und Freunden der Partei, daß sie alles tun, um in dem kommenden Wahlkampf die Schlagkraft des Zentrums zu steigern. Das Zentrum führt den Kampf in völlig unabhängiger Stellung und auf einem unerlöschlichen gedanklichen Fundament.

Es geht seinen Weg für sich, ohne keine Selbständigkeit von rechts oder

links bestimmen zu lassen. Unser Konzept wird sich gegen diejenigen richten, welche die politisch-parlamentarische Mitverantwortung ablehnen, zu einer Zeit, in der sie ihre Machtansprüche angemeldet haben, um Robiette zu bestimmen und zu zerstören. Der Parteivorstand fordert alle Parteifreunde auf, dafür zu sorgen, daß ein starker, von der Gefolgschaft weitesther Kräfte aus allen Volksschichten unterstützter Ordnungsbund als Garant einer friedlichen und organischen Weiterentwicklung Deutschlands gesichert bleibt.“

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning wird, wie verlautet, im neuen Reichstag als Vorsitzender die Fraktion des Zentrums führen.

Was ist der Staat der Jugend schuldig?

Politische Bünde — vaterländische Aufgaben.

Im Reichsinnenministerium werden die Personalveränderungen, die gegenwärtig die Öffentlichkeit interessieren, als höchst neue und sachlich bewertet im Vergleich zu den wichtigsten und großen Aufgaben, die den Reichsinnenminister von Gayl und seine Mitarbeiter in diesen Tagen beschäftigen. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Neuordnung der politischen Bünde Deutschlands, wobei das Schwergewicht auf einer vaterländisch nützlichen Organisation der politischen Jugend liegt. Innerhalb der Reichsregierung ist man sich darüber klar, daß eine Befriedung zwischen vaterländischer Jugend solange nicht eintreten kann, wie der Staat von sich aus keine Verbindung zu dieser Jugend sucht, so wie es etwa vor dem Kriege durch die allgemeine Wehrpflicht geschah.

Erst in dem Bestreben, der Jugend materiell und ideell Lebensraum zu schaffen, sie außerdem in die Nation einzureihen, erobert sich der Staat die Jugend.

Dieser Gedankengang hat bei den Beratungen der Reichsregierung eine entscheidende Rolle gespielt. So entstand der Plan, zugleich mit der Aufhebung des SA-Verbot die politischen Bünde unter dem Gesichtspunkt des Dienstes am Vaterland neu zu ordnen. Wie soll diese Neuordnung vor sich gehen?

Alle politischen Bünde von der SA. bis zum Reichsbanner werden dem Reichsinnenministerium unterstellt. Die Bindung zwischen Bünden und Ministerium wird über eine Aufsicht weit hinausgehen.

Unter Leitung des Reichsinnenministeriums wird, vor allem im Hinblick auf die Jugend, der Gedanke des Arbeitsdienstes, der körperlichen Erhaltung, des Nationalgefühls, der staatlichen Gemeinamkeit endlich seine Bewirkung finden.

Wir haben lange genug auf diese Dinge gewartet. Mehrfach glaubte man sie auch schon ankündigen zu können, jedoch Ministerkrisen verhinderten die Bewirkung. Jetzt sind diese Pläne, wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Unterbrechung eintritt, der Durchführung greifbar nahe.

Im Reichsinnenministerium verfolgt man diese Aktion nicht auf Grund theoretischer Überlegungen, sondern die Vorarbeiten sind schon sehr weit gediehen.

Der freiwillige Arbeitsdienst beschäftigt heute zwischen 30 000 und 40 000 zumeist jugendliche Personen.